

Zanetti und Bischof können weiterhin den Kanton im Stöckli vertreten!

Danke für deine Unterstützung während des ganzen Jahres!

LINKS SO

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
159 · Ausgabe SO · Dezember 2015



Mir wetti dr Zanetti – es sind zwar bereits fünf Wochen vergangen – aber schön ist es immer noch. Die Partei gratuliert ihrem bisherigen und neuen Ständerat ganz herzlich zu seiner glanzvollen Wiederwahl. «Roberto Zanetti ist ein ehrlicher, integrier, fassbarer und eben auch ein volksnaher Mensch, seine Wahl ist folgerichtig und stand bereits früh am Nachmittag fest», meinte Parteipräsidentin Franziska Roth nach der Auszählung aller Stimmen am 15. November. Der grosse Stimmentvorsprung sei eine erfreuliche Überraschung. Denn Zanetti hat zu keinem Zeitpunkt seine linken Positionen relativiert. Dennoch hat er in einem überaus bürgerlichen Kanton in der Bevölkerung viel Support erhalten. Dafür mussten einige bürgerliche Wählerinnen und Wähler über ihren Schatten springen. Ihnen gebührt dafür ein besonderer Dank! Roberto Zanetti wird auch in Zukunft aus einer klaren politischen Position heraus Hand bieten zu konstruktiven Lösungen im Interesse unseres Kantons und seiner Bevölkerung.

Danke für die Unterstützung

Die Sozialdemokratische Partei möchte folgenden Parteien und Organisationen für ihre Unterstützung

herzlich danken: JUSO Kanton Solothurn, Junge SP Region Olten, Grüne Partei Kanton Solothurn, Junge Grüne Kanton Solothurn, Grünliberale Partei Kanton Solothurn, Gewerkschaftsbund Kanton Solothurn, Staatspersonalverband Kanton Solothurn, Solothurner Kantonaler Fischereiverband, WWF Solothurn und Unternehmerinitiative neue Energie Solothurn.

Schöne Festtage und danke für die Treue

Nach einem arbeitsintensiven Jahr ist es uns ein Anliegen, dir für deine Unterstützung in diesem Jahr zu danken. Wir haben in den letzten Monaten oftmals an deine Bereitschaft appelliert: um finanzielle Mittel gebeten, zur Unterstützung bei Wahlen und Abstimmungen aufgerufen, Helferinnen und Helfer für unser Jubiläumsfest gesucht und vieles mehr. Immer wieder haben wir auf deine Unterstützung zählen können. Wir haben – dank dir – viele Ziele erreicht:

ZIELE:

- ✓ Nein zum Sparen auf dem Buckel der Familie
- ✓ Erfolgreiches (Anlass)-Jubiläumsjahr
- ✓ 2 Sitze im Nationalrat wie bisher
- ✓ Wähleranteile erhöhen
- ✓ 1 Sitz im Ständerat



Als politische Minderheit haben wir es geschafft, erfolgreich gegen drohenden Sozialabbau zu agieren. Und als politische Minderheit ist es uns gelungen, mit 65 Prozent unseren linken Ständeratssitz mit Roberto in einer Majorzwahl zu bestätigen – keine Selbstverständlichkeit.

Anlässlich unseres Jubiläumsjahres «125 Jahre SP Kanton Solothurn, mit zahlreichen spannenden Anlässen, konnten wir die SP und ihre Geschichte der Bevölkerung näherbringen.

Nun wünsche ich dir und deiner Familie im Namen der Sozialdemokratischen Partei eine schöne Adventszeit, frohe Weihnachten, ein gutes neues Jahr, beste Gesundheit und überhaupt alles Gute.

Niklaus Wepfer, Parteisekretär
niklaus.wepfer@sp-so.ch

ERGEBNISSE:

53 % Nein-Stimmen gegen den Sozialabbau Dornach, Solothurn, Olten, Grenchen
Bea Heim und Philipp Hadorn gewählt
20 %, + 1,7 % gegenüber 2011
Roberto Zanetti im 2. Wahlgang gewählt (65 %)

SP-KANTONSRATSFRAKTION

Stadtrat folgt auf Stadtrat

ALS NACHFOLGER VON PETER SCHAFER AUS OLTEN, HAT THOMAS MARBET SEINE ERSTEN SESSIONSTAGE IM RATHAUS IN SOLOTHURN BEREITS HINTER SICH. LINKS UNTERHIELT SICH MIT DEM STADTRAT UND ÖKONOMEN AUS OLTEN. INTERVIEW NIKLAUS WEPFER



THOMAS MARBET

14. März 1967
Baudirektor und
Vize-Stadtpräsident Olten,
Verwaltungsrat
Städtische Betriebe Olten
Verwaltungsrat Aare
Energie AG
Verwaltungsrat KEBAG
Vizepräsident Zweckverband
Abwasserregion Olten
Vizepräsident Sportpark
Olten AG
Tätigkeiten (politische,
gemeinnützige usw):
Stiftungsrat Alters- und
Pflegeheim St. Martin Olten
Geschäftsleitung SP Olten
RPK SP Kanton Solothurn
Mieterverband

Was das Nachrücken in den Kantonsrat anbelangt, ging bei dir alles sehr schnell. Ende Oktober stand fest, dass du Kantonsrat wirst, und am 3. November wurdest du bereits vereidigt, wie hast du deine ersten Sessionstage und Fraktionssitzungen erlebt?

Es war tatsächlich ein sportlicher Einstieg. In der Fraktion wie im Kantonsrat wurde ich unaufgeregt, aber sehr freundlich empfangen. Aufgefallen ist mir die reaktive Unruhe im Ratsaal. Zeitung lesen hätte ich mich im Stadtparlament nie getraut; allerdings finden diese Sitzungen abends statt, wenn die News schon verbreitet sind. Belastet im eigentlichen Sinn haben mich 10 Kilogramm Papier und Akten der Staatskanzlei.

Du arbeitest bei der Schweizerischen Nationalbank, bist Teilzeit-Stadtrat in Olten, hast noch andere Engagements und nun das Mandat als Kantonsrat angenommen. Bist du

ein Workaholic, oder anders gefragt, wie bringt man dies alles unter einen Hut?

Mit der Wahl in den Oltner Stadtrat habe ich meinen Beschäftigungsgrad bei der Nationalbank in Bern auf 50 Prozent reduziert. Das hat mir nun ermöglicht, ein weiteres politisches Amt ausserhalb der Arbeitszeit anzunehmen. Ein Workaholic bin ich sicher nicht, aber Erholung und Freizeit sind in den letzten Jahren eindeutig zu kurz gekommen.

Welches sind deine politischen Schwerpunkte, neu jetzt auch auf kantonaler Ebene?

In der Stadt geht es weiterhin darum, die Finanzkrise zu meistern und trotz angespannter Finanzlage wichtige Entwicklungsprojekte voranzutreiben. Auf kantonaler Ebene will ich mich zum Beispiel beim kantonalen Richtplan dafür einsetzen, dass sich die Stadt im Kern verdichten lässt und die verschiedenen Verkehrsträger optimal aufeinander abgestimmt werden. Es ist mir wichtig, im Kantonsrat die spezifischen Bedürfnisse von städtischen Agglomerationen einzubringen.

Seit mehr als zwei Jahren amtest du als Stadtrat in Olten. Peter Schafer, dein Vorgänger im Kantonsrat, ist ebenfalls in der Oltner Regierung, wie gedenkst du die Interessen «deiner» Region wahrzunehmen?

Wichtig ist, dass die wirtschaftlich Starken im Kanton sich weiterentwickeln können, nur so ist auch den Schwächeren geholfen. Der neue Finanzausgleich wird jetzt Realität. Die Mindestausstattung der Gemeinden darf dabei nicht zu hoch sein – und der Disparitätenausgleich muss moderat bleiben. So werden

sinnvolle Zusammenschlüsse von Gemeinwesen befördert.

Du bist Mitglied der Sozialdemokratischen Partei und wirst eher dem liberaleren Flügel der SP zugeordnet. Ist es dir wohl in der SP und stimmt diese Einschätzung?

Die SP deckt ein breites Spektrum von Meinungen ab. Da hat es für mich als Zentristen und Ökonomen auch Platz. Ich fühle mich wohl in der SP, aber ich glaube auch, dass sich insbesondere die nationale Partei programmatisch erneuern muss. «Ja» ist noch kein Parteiprogramm, genauso wenig wie ein Sünneli.

In den Städten verzeichnen wir einen konstanten Mitgliederzuwachs, aber auf dem Land hapert es. Wie würdest du als Sozialdemokrat jemand auf dem Land für deine Partei gewinnen wollen?

Wir müssen die Parteistrukturen in den Amteien so gestalten, dass sich allfällige Interessenten nicht abwenden, weil sie befürchten müssen, gleich eine Charge in der Partei übernehmen zu müssen. Vielleicht hilft eine gewisse Professionalisierung mit entsprechenden Sekretariaten. Inhaltlich müssen wir der Bevölkerung auf dem Land klarmachen, dass sowohl Belastungen aus Siedlung, Verkehr wie auch jene im Zusammenhang mit der Integration von Zuwanderern an der Stadtgrenze nicht Halt machen.

DANKE, PETER!

Bei den Erneuerungswahlen 2009 wurde Peter Schafer auf Antrieb in das kantonale Parlament gewählt. Er amtierte von Beginn weg als Mitglied in der Geschäftsprüfungskommission (bis 2011), sowie bis 2013 in der

kantonalen Fachkommission Integration. 2013, nach seiner glanzvollen Wiederwahl, nahm der Lokführer aus der Eisenbahnerstadt in keiner Kommission mehr Einsitz. Etwas kurzfristig erklärte Peter Schafer nach den Nationalratswahlen sei-

nen Rücktritt. Die SP dankt Peter für sein öffentliches Engagement als Kantonsrat, wünscht ihm als Stadtrat weiterhin viel Erfolg und für seine Zukunft beste Gesundheit und Wohlergehen.

Niklaus Wepfer



FRAKTIONSPRÄSIDIUM

Ammann folgt auf Burkhalter

AM 27. OKTOBER HAT DIE SP-FRAKTION EIN NEUES PRÄSIDIUM GEWÄHLT. DIESES WURDE NACH DEM RÜCKTRITT VON FRÄNZI BURKHALTER ALS PRÄSIDENTIN UND JEAN-PIERRE SUMM ALS VIZEPRÄSIDENT (SIEHE LINKS 124 UND 158) NOTWENDIG. GELEITET WIRD DIE FRAKTION NEU VON MARKUS AMMANN AUS OLTEN. ZUR SEITE STEHT IHM DAS VIZEPRÄSIDIUM MIT ANNA RÜEFLI, BISHER (SOLOTHURN) UND MATHIAS STRICKER, NEU (BETTLACH). INTERVIEW NIKLAUS WEPFER

Deine Wahl ist schon eine Weile her, aber nochmals herzliche Gratulation und vorab viel Erfolg als neuer Fraktionspräsident. Du hast bereits zwei Sessionen als Präsident hinter dir. Wie fühlt es sich an, oder anders gefragt, warst du bisher unterbeschäftigt?

Während der ersten Session war ich aus beruflichen Gründen nur teilweise anwesend. Das gibt einen Hinweis zur Schwierigkeit, verschiedene Tätigkeiten unter einen Hut zu bringen. Wichtiger ist aber, dass ich mich wesentlich besser vorzubereiten habe als bisher. Ich möchte einen tieferen Einblick in möglichst alle Geschäfte haben, eben auch bei Themen, die bisher nicht in meinem Fokus gestanden sind.

Ich bin ja «erst» seit 2½ Jahren auf kantonaler Ebene aktiv und habe in den letzten zwei Monaten nochmals viel gelernt. Die Fraktion ist aber gut aufgestellt, es gibt innerhalb der Fraktion Themenführerschaften und eine gewisse Kontinuität, die die Führung natürlich erleichtern. Du hast das Amt nicht gesucht, aber trotzdem spürt man jetzt bei dir eine Vorfreude. Welche Ziele hast du dir als Fraktionspräsident gesteckt, einerseits als Chef und andererseits thematisch?

Die primäre Aufgabe eines Chefs ist es, mit seinem Team die gesteckten Ziele zu erreichen. Ich pflege beruflich einen kooperativen Führungsstil, da ich mit intelligenten, selbstständigen Mitarbeitenden zu tun habe. In der Fraktion mit unabhängigen und interessierten Mitgliedern treffe ich ähnliche Verhältnisse an.

Die inhaltlichen Ziele sind im Wesentlichen in den Grund- und Leitsätzen unserer Partei vorgegeben: Ausreichende soziale Sicherheit für alle, anständige Bedingungen bei der Arbeit, eine fair verteilte Last der Finanzierung im Kanton, eine Unternehmens- und Infrastrukturpolitik, für die wir uns auch in hundert Jahren nicht zu schämen brauchen. Wenn wir wie in der Vergangenheit punktuell, aber kontinuierlich Verbesserungen erreichen können –

ohne grosse Abstriche an den bisherigen Errungenschaften machen zu müssen –, finde ich das einen Erfolg. Die nationalen Wahlen sind vorbei, im Kanton Solothurn für die SP erfolgreich – und schon stehen die kantonalen Wahlen vor der Türe. Wie muss sich die SP thematisch aufstellen, damit sie an diesen Erfolg anknüpfen kann?

Für mich ist wichtig, dass die SP als das wahrgenommen wird, was sie heute ist: als Mittelstandspartei mit Herz und Verstand. Damit sind wir für breite Bevölkerungskreise wählbar. Wir sind die Partei, die sich nicht nur um die eigene Klientel kümmert, sondern weiss, dass die Stärke des Volkes sich am Wohl der Schwachen misst, wie es treffend in der Bundesverfassung steht.

Wir müssen zu jenen Themen klar Stellung nehmen, die die Bevölkerung beschäftigen: Sichere Arbeitsplätze hängen eng mit innovativen Unternehmen und fortschrittlichen Arbeitgebern zusammen. Diese wiederum suchen gut ausgebildete Menschen, die sich in ihrer Umgebung wohl fühlen. Damit dies so ist, braucht es moderne bauliche (z. B. ÖV, Freizeit) und soziale Infrastrukturen (vom Mittagstisch bis zum Altersheim), eine intakte Umwelt und tragbare finanzielle Belastungen (Miete, Krankenkassen, Strom oder Steuern). Sind solche Voraussetzungen geschaffen, werden die Ängste vor Migranten kleiner und die Toleranz in der Gesellschaft wird zunehmen.

Abgesehen von Wahlen, welches sind deiner Meinung nach die dringendsten Themen, die auf uns zukommen und bei denen sich die SP einbringen muss?

Die Finanzpolitik wird uns sicher noch Sorgen machen. Der Kanton Solothurn ist aber schlank aufgestellt. Sollten weitere Steuerreduktionen geplant werden, kann das der Kanton kaum mehr durch weitere Massnahmenpläne einfach auffangen. Dann geht's ans «Läbige». Aus Einsparen wird dann Verzicht auf Wesentliches. Was aber kein gutes



Umfeld für neue und innovative Unternehmen ist.

Zum Schluss noch drei Fragen: Wie hoch wird das Defizit für das Jahr 2015 des Kantons ausfallen? Bei welchem Thema bist du nicht kompromissbereit? Und wie viele Sitze wird die SP bei den Kantonsratswahlen 2017 erlangen?

Das Defizit ist schwierig vorherzusagen, weil grosse nicht budgetierte Aufwände wie die Sanierung der Pensionskasse und Erträge wie die Ausschüttung der Schweizerischen Nationalbank anfallen. Die Hoffnung ist, dass das Defizit klar unter dem Vorschlag bleiben wird.

Es gibt kaum ein politisches Thema, bei dem ich a priori nicht kompromissbereit bin. Das wäre auch eine schlechte Voraussetzung, denn Politik betreiben heisst in der Schweiz Kompromisse suchen.

Wir werden 2017 zulegen, und bestenfalls zweitstärkste Fraktion werden.

PARTEITAG JANUAR

Am 28. Januar findet der nächste kantonale Parteitag in Dulliken statt. Zur Debatte stehen eine kantonale Vorlage über den Hochwasserschutz und vier nationale Vorlagen: 1. Volksinitiative «Für Ehe und Familie – gegen die Heiratsstrafe» 2. Volksinitiative «Zur Durchsetzung der Ausschaffung krimineller Ausländer» 3. Volksinitiative «Keine Spekulation mit Nahrungsmitteln» 4. «Referendum gegen 2. Gotthardröhre»

KANTONSRAT

TISA – verborgener Demokratieabbau

Das «Trade in Services Agreement» oder, zu Deutsch, Dienstleistungsabkommen gefährdet den Service public und viele weitere Dienstleistungen. Auf die neun von der Grünen Fraktion gestellten Fragen hat der Regierungsrat Antworten, die sich auf einen Punkt bringen lassen: «Was ich nicht weiss, macht mich nicht heiss. Franziska Roth, Solothurn, meint: «Als Kantonsregierung inaktiv zuzuwarten, bis man informiert wird, ist aus unserer Sicht, wie dem Ticken einer Zeitbombe, die gegen unsere Volksrechte gezündet wird, tatenlos zuzuhören. Wer sich auch nur ansatzweise mit TISA beschäftigt, weiss, dass dieses Abkommen nur negative Auswirkungen auf unseren Kanton hätte. Das Abkommen rüttelt massiv an den drei Grundpfeilern unseres Erfolgsmodells Schweiz: an der Qualität unseres Service public, an der direkten Demokratie und an der Wirtschaftspolitik. Es ist sicher kein Zufall, dass es einem Land wie dem unsrigen, wo alle wichtigen Leistungen für die Bevölkerung von der öffentlichen Hand erbracht werden (Bildung, Gesundheit, Wasser, Energie, öffentlicher Verkehr, etc.), wirtschaftlich immer noch so gut geht.»

Genau diese wichtigen Vorteile werden aber von neuen Freihandelsabkommen bedroht, die weite Teile des öffentlichen Dienstes dem



Wer sich auch nur ansatzweise mit TISA beschäftigt, weiss, dass dieses Abkommen nur negative Auswirkungen auf unseren Kanton hat.

«freien» Markt überlassen und der demokratischen Kontrolle entziehen wollen. Es ist schon erstaunlich, dass sich nur die Ratslinke mit der Thematik auseinandergesetzt und die Tragweite dieses Abkommens erkannt hat.

EL mit gravierenden Vollzugsproblemen

Die Ergänzungsleistungen sind ein weiteres Dossier aus dem Volkswirtschaftsdepartement, dem ungenügende Beachtung geschenkt wird. «Laisser-faire» scheint auch hier das Motto zu sein. Seit Jahren ist die Bearbeitungszeit von Gesuchen für Ergänzungsleistungen (EL) nicht mehr akzeptabel. Betroffene, häufig Pensionierte, warten Monate auf die Ausrichtung von Leistungen, kommen in finanzielle Nöte oder müssen Sozialhilfe beziehen. Ein Zustand, der auch die Gemeinden belastet, da der vermeidbare administrative Zusatzaufwand durch diese geleistet werden muss. Die Antworten auf die Interpellation von Susanne Schaffner, Olten, sind ehrlich und erschreckend. Zwei Drittel der Neuansmeldungen sind seit mehr als sechs Monaten pendent. Die Rückerstattung von Krankheitskosten ist im Verzug. Die Situation ist zwar seit längerem bekannt, wie die Mängel behoben werden sollen, steht wohl in den Sternen, leider aber nicht in den Antworten der Regierung. Der Verwaltungsrat der Ausgleichskasse, welcher von der Volkswirtschaftsdirektorin präsidiert wird, ist in der

Pflicht, die Missstände zu beheben, was auch zugesichert worden ist. Die SP zeigt sich unbefriedigt von den Antworten wie auch von der Situation. Sie erhielt von allen Fraktionen mehr oder weniger vehemente Unterstützung.

FHNW – Konzentration aufs Wesentliche

Die Fachhochschule Nordwestschweiz löst immer wieder Diskussionen aus, so auch in dieser Session. Der Vorstoss der SP verlangt eine Profilschärfung der Hochschule. Sie soll sich vor allem auf ihre Kernaufgaben konzentrieren, die hochstehende, praxisorientierte Ausbildung. Anlass zur Kritik ist die Wahrnehmung, dass die FHNW zu akademisch ausbildet und die Forschung einen zu hohen Stellenwert genießt, insbesondere bei der Pädagogischen Hochschule. Die Schule ist sehr erfolgreich und verzeichnet einen grossen Zuwachs an Studentinnen und Studenten. Dies ist zwar sehr erfreulich und in Anbetracht des Fachkräftemangels auch wichtig. Es hat aber zur Folge, dass die Kosten ansteigen. Es ist stossend, wenn die Volksschule sparen und Lektionen abbauen muss, die FHNW jedoch zusätzliche Mittel bekommt. Die knappen finanziellen Mittel müssen optimal eingesetzt werden. Der Rat folgte dem Anliegen der SP einstimmig und beauftragte die Regierung, sich für diese Anliegen einzusetzen.

Urs von Lerber, Kantonsrat, Luterbach

Am teuersten ist keine Bildung

Die Kantone müssen sparen und sie tun das immer häufiger auch bei der Bildung. Zwischen 2013 und 2015 haben die Deutschschweizer Kantone mindestens 265 Millionen Franken im Bildungsbereich eingespart. Für die Jahre 2016 bis 2018 sind sogar noch umfassendere Abbaumassnahmen von mindestens 536 Millionen Franken geplant. Im Kanton Solothurn sind es im Rahmen des Massnahmenplans ca. acht Millionen Franken. Jetzt ziehen weitere schwarze Wolken am Himmel auf. Die Nationalbank wird kaum mehr Geld an die Kantone ausschütten und die Folgen der Unternehmenssteuerreform III sind auch für unseren Kanton noch nicht absehbar. Auf alle Fälle werden fehlende Einnahmen ein zusätzliches Loch

in die Kantonskasse reissen. Schon melden sich Politiker zu Wort, welche zusätzliches Sparpotenzial bei der Bildung zur Rettung der Kantonsfinanzen orten. Argumentiert wird mit dem Kostenanstieg bei der Volksschule, der Berufsbildung oder den Hochschulen. Das Statement «Bildung ist unser einziger Rohstoff» verkommt zur Floskel. Die Volksschule sei vor zwanzig Jahren auch nicht schlecht gewesen, sagen Sparpolitiker. Sie finden es vertretbar, die Unterrichtsverhältnisse und die Rahmenbedingungen an die Vergangenheit anzupassen. Aber die Sparer rechnen falsch. Diese Rechnung kann nicht aufgehen, weil die Schule nicht grundlos teurer geworden ist. Die Erwartungen, welche Eltern, Politik oder Wirtschaft stellen, sind parallel dazu mitge-

MEIN STANDPUNKT

Mathias Stricker, Bettlach
Kantonsrat
mathias.stricker@bluewin.ch



wachsen. Natürlich ist auch die Bildung ökonomischen Grundsätzen verpflichtet und muss sich kritisch reflektieren. Nötige und vertretbare Optimierungen sind vorzunehmen. Diese sind aber immer hinsichtlich der Wirkung auf Kinder, Jugendliche oder Lehrpersonen genauestens zu überprüfen. Die Bildungsausgaben können jetzt nicht einfach auf ein früheres Niveau zurückgeschraubt werden, denn die Ansprüche an die Schulen sind massiv gestiegen. Weitere Sparmassnahmen, sei es bei der Integration oder bei der Berufsbildung, werden uns langfristig mehr Kosten verursachen. Und die Zitronen sind auch im Kanton Solothurn bereits ausgepresst!